

# Antrag zum 55. Bundeskongress

Antrag 506

55. Bundeskongress vom 7. bis 8. Oktober 2017 in Jena

Antragsteller: LV Nordrhein-Westfalen, LV Baden-Württemberg, LV Rheinland-Pfalz

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 55. Bundeskongress möge beschließen:

## 1 **Schluss mit der destruktiven Hilfe für Afrika**

### 2 **Einleitung**

3 Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit dem afrikanischen Kontinent bedarf erhöhter  
4 Aufmerksamkeit. Der aktuelle Human Development Index (HDI) listet unter den 30 ärmsten  
5 Staaten der Welt 28 des afrikanischen Kontinents auf und die Subsahara ist die einzige Region  
6 weltweit, in welcher die absolute Armut seit 1990 zugenommen hat. Es gilt also, die bisherigen  
7 Anstrengungen auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik nach ihrer Effektivität zu hinterfragen, um  
8 hieraus für zukünftiges Handeln die richtigen Schlüsse zu ziehen.

9 Wir Jungen Liberalen sehen die Bilanz deutscher Entwicklungspolitik dementsprechend kritisch  
10 und plädieren für einen grundlegenden Kurswechsel. Direkte finanzielle Transfers, stark  
11 fragmentierte Projektarbeit, ideologisch motivierte Aufbauhilfe und der zwanghafte Export  
12 demokratischer Prinzipien in unterentwickelte Staaten lehnen wir ab.

13 Wir stehen für eine ideologiefreie Entwicklungspolitik, welche die Maßnahmen vor Ort allein nach  
14 den Bedürfnissen des jeweiligen Landes richtet und sich im Hinblick auf direkte Investitionen und  
15 Engagement vor Ort sehr defensiv verhält. Die durch den Abbau von Agrarzöllen und  
16 Subventionen zuerst ihre selbst geschaffenen Hürden für eine positive wirtschaftliche  
17 Entwicklung des afrikanischen Kontinents beseitigt, bevor sie kleinteilig Projekte im Nehmerland  
18 umsetzt, und dies aus rein moralischen Gründen. Zustimmung stehen wir weiterhin zur  
19 Katastrophenhilfe in klimatischen oder humanitären Notsituationen.

20 Seit 1961 betreibt Deutschland mit dem seinerzeit gegründeten "Bundesministerium für  
21 wirtschaftliche Zusammenarbeit" (BMZ) aktiv Entwicklungspolitik. Motivation waren damals vor  
22 allem die am eigenen Leib erfahrenen Erfolge des Marshallplans der Alliierten. Ein  
23 grundlegendes Credo war hierbei nie die schlichtweg alimentierende Hilfe für Arme, sondern  
24 vielmehr das Prinzip "Hilfe zur Selbsthilfe", weshalb der Begriff "Entwicklungshilfe" auch im  
25 Sprachgebrauch des BMZ nicht mehr vorkommt. Als Leitlinie der deutschen und internationalen  
26 Entwicklungspolitik gelten seit dem Jahr 2016 die "17 Global Goals of Sustainable Development",  
27 welche erstmals Nachhaltigkeit mit wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer  
28 Entwicklungszusammenarbeit verknüpfen.

### 29 **Global Goals of Sustainable Development**

30 Wir Jungen Liberalen stehen den "17 Global Goals of Sustainable Development" sehr kritisch  
31 gegenüber. Der Export von hohen ökologischen und sozialen Standards in Länder der Dritten  
32 Welt, welche in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung weit hinter dem Weltdurchschnitt liegen, führt  
33 unweigerlich zu einer Behinderung der wirtschaftlichen Dynamik. Wer den sehr rohstoffreichen  
34 afrikanischen Kontinent durch Umweltstandards auf EU-Niveau einschränkt, verhindert damit  
35 seine ökonomische Selbstständigkeit. Das Überstülpen ökologischer Standards auf westlichem  
36 Niveau führt zu einer Unterminierung der Effizienz der lokalen Wirtschaft. Die Bedürfnisse der

37 Menschen vor Ort, aber besonders die Gegebenheiten, sei es landschaftlicher oder sozialer Art,  
38 müssen berücksichtigt werden.

39 Konkret fordern wir:

40 1. Die Ersetzung der "17 Global Goals of Sustainable Development" durch unideologische und  
41 angemessene Entwicklungsziele für den afrikanischen Kontinent.

42 2. Niedrigere Umweltstandards für den afrikanischen Kontinent, um dessen ökonomische  
43 Entwicklung nicht zu dämpfen.

#### 44 **Nationbuilding**

45 Ein weiterer Punkt der Global Goals, welchem wir Jungen Liberalen sehr kritisch  
46 gegenüberstehen, ist das sogenannte "Nationbuilding". Deutschland betreibt dieses nicht unter  
47 dem angeführten Begriff, doch ist die Oktroyierung von Werten ein integraler Bestandteil  
48 deutscher Entwicklungszusammenarbeit, was wir entschieden ablehnen. Gerade an den Staaten  
49 des arabischen Frühlings kann man sehen, dass eine Zwangsdemokratisierung von vorher  
50 autokratisch geführten Staaten zum Scheitern verurteilt ist. Viele Länder des afrikanischen  
51 Kontinents weisen stattdessen sogar tribalistische Strukturen auf, sodass eine Demokratisierung  
52 im nationalstaatlichen Sinne sich als noch schwieriger herausstellt.

53 Das Aufzwingen von demokratischen Strukturen ist insofern problematisch, als dass eine  
54 nachhaltige Demokratisierung nur aus der Zivilgesellschaft selbst kommen kann. Für eine  
55 Demokratie braucht man Demokraten, weshalb Unterstützung und Beratung der Nehmerländer  
56 in unserem Sinne ist, aber keinesfalls ein zwanghafter Export von westlichen Werten. Zudem  
57 führen entwicklungspolitische Maßnahmen im sozialen und staatlichen Bereich zu einer  
58 Unterminierung des sozialen Kontraktes zwischen Nehmerstaat und seiner Bevölkerung, da eine  
59 direkte Verantwortung der Regierung gegenüber den Einwohnern nicht mehr gegeben ist,  
60 sondern stattdessen eine dritte Partei hierfür Verantwortung trägt. Hier kann ein Feedback der  
61 Bevölkerung durch demokratische Instrumente, wie Wahlen oder Volksabstimmungen, nicht  
62 mehr erfolgen.

63 Konkret fordern wir:

64 Keine Oktroyierung von westlichen Werten im Sinne von Zwangsdemokratisierung, sondern eine  
65 maßvolle Entwicklung hin zu mehr Demokratie, wobei jedoch immer die lokalen Gegebenheiten  
66 berücksichtigt werden müssen. Dabei stellen Bemühungen um die Einhaltung der  
67 Menschenrechte jedoch im Regelfall eine Grundvoraussetzung für Unterstützung dar.

#### 68 **Entwickelte Staaten**

69 Deutschland leistet Entwicklungshilfe auch an afrikanische Staaten, welche diese in einem  
70 solchen Umfang gar nicht nötig hätten; wie zum Beispiel Südafrika. Dieses sucht sich durch  
71 deutsche Entwicklungshilfe einen einfachen Zugang zu Beratung im Umgang mit  
72 Hochtechnologie und erhält eine dreistellige Millionensumme pro Jahr, welche als rein finanzielle  
73 Hilfe deklariert ist. Entwicklungspolitik auf diesem Niveau ist für uns Junge Liberale nicht sinnvoll,  
74 da sie nichts mit dem ursprünglichen Gedanken der Hilfe zur Selbsthilfe zu tun hat und  
75 Technologietransfer auf dem Niveau entwickelter Industriestaaten nicht mit  
76 Entwicklungszusammenarbeit vereinbar ist. Vielmehr sollte man sich auf die Lösung wirklich  
77 drastischer Probleme des afrikanischen Kontinents konzentrieren.

78 Konkret fordern wir:

79 1. Ein Ende der Entwicklungszusammenarbeit mit Staaten, welche diese selbst im weiteren  
80 Sinne nicht mehr benötigen.

81 2. Die Abschaffung von rein finanziellen Transfers an sämtliche Partnerländer.

#### 82 **Handel**

83 Die Auswirkungen der europäischen und amerikanischen Handelspolitik auf die afrikanische  
84 Wirtschaftsentwicklung sind enorm. Die Gesamtausgaben der OECD-Mitgliedsstaaten für den  
85 Agrarsektor im Jahr 2014 betragen 258 Mrd. US-Dollar, während diese Länder gleichzeitig für  
86 Entwicklungszusammenarbeit 135,2 Mrd. US-Dollar ausgaben. Hier wird die so häufig  
87 auftretende Doppelmoral der Entwicklungspolitik am sichtbarsten. Während die westlichen  
88 Industriestaaten mit hohen Summen ihren jeweiligen Agrarsektor subventionieren und damit den  
89 afrikanischen Staaten schaden, unterstützen sie diese gleichzeitig mit hohen Summen im  
90 Bereich der Entwicklungspolitik. Diese Absurdität der gegeneinander wirkenden Mechanismen ist  
91 nach Meinung von uns Jungen Liberalen komplett abzuschaffen.

92 Viele Probleme im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas lassen sich mit der  
93 agrarprotektionistischen Politik der westlichen Industriestaaten erklären. Der durch die, gerade in  
94 Deutschland traditionell hohen, staatlichen Subventionen viel zu stark aufgeblähte Agrarsektor  
95 muss sich im marktwirtschaftlichen Sinne geschrumpfen. Durch die subventionierten  
96 Exportpreise der westlichen Länder haben lokale Produzenten in Afrika keine Chance, ihre  
97 eigenen Produkte gewinnbringend zu veräußern, was zu einer Zerstörung von Vertriebs- und  
98 Produktionsnetzwerken vor Ort führt. Eine Abschaffung sämtlicher Agrarsubventionen auf  
99 nationaler und internationaler Ebene ist für die Lösung der Problematik unerlässlich. Diese sollen  
100 über eine bestimmte Zeitspanne auslaufen, damit sich die Produktionsstrukturen vor Ort wieder  
101 neu bilden können.

102 Ein weiteres Problem im Bereich der Handelspolitik mit Afrika ist das Ungleichgewicht der  
103 Verhandlungsmacht. Die EU hat mit ihren zahlreichen Mitgliedsstaaten im Bereich der  
104 Verhandlungen viel weitreichendere Möglichkeiten als afrikanische Länder, welche sich den  
105 ihnen vorgelegten tarifären und nichttarifären Standards beugen müssen. Besonders die  
106 industriellen Standards, welche durch die WTO weltweit etabliert wurden, sind für diese Länder  
107 aufgrund ihrer geringen industriellen Entwicklung nicht einhaltbar. Meistens geht es hierbei aber  
108 nicht um Produktstandards, welche Produkte aus diesen Ländern auch für wesentliche  
109 Konsumenten qualitativ attraktiv machen sollen, sondern lediglich um Prozessstandards. So  
110 können afrikanische Länder häufig nur deshalb nicht in die EU exportieren, weil sie Standards im  
111 Bereich der Prozessabläufe nicht einhalten können, obwohl die Produkte zu denen in der EU  
112 qualitativ identisch sind. Hier müssen die Einfuhrbestimmungen dahingehend geändert werden,  
113 dass lediglich die Produktqualität entscheidend ist, aber nicht die Prozessabläufe.

114 Konkret fordern wir:

115 1. Die Abschaffung von Agrarzöllen und -subventionen auf allen staatlichen Ebenen, welche  
116 allerdings mit Rücksicht auf den Aufbau der afrikanischen Wirtschaft schrittweise erfolgen soll.

117 2. Die Anlegung von Produktstandards anstelle von Prozessstandards an afrikanische  
118 Erzeugnisse.

#### 119 **Administratives**

120 Zu den hohen Standards gesellt sich die enorme Fragmentierung der deutschen  
121 Entwicklungsarbeit vor Ort. So werden in Afrika derzeit 3.138 Projekte mit Beteiligung der  
122 Bundesregierung durchgeführt, welche ein Gesamtvolumen von knapp 9 Milliarden Euro  
123 besitzen. Durch die hohe Anzahl an Projekten, die jeweils hohe administrative Kosten  
124 verursachen, entsteht im Gesamtbild eine ungünstige Kostenstruktur, welche sich durch eine  
125 Bündelung und Straffung der Projekte beseitigen ließe.

126 Konkret fordern wir:

127 Eine Bündelung der fragmentierten Projektstruktur des BMZ.